

Platz abbeck

Nr. 4, 17. Juni 2010

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Praxisstationen erhalten LINKE-Antrag findet Anerkennung

In der vergangenen Ratssitzung stellte DIE LINKE. den Antrag, vorhandene Praxisstationen in Hauptschulen auf jeden Fall zu erhalten – auch wenn die Hauptschule wegen zu geringer Anmeldezahlen geschlossen wird. Praxisstationen sind Werkstätten, in denen Schüler aller Schulformen verschiedene Ausbildungsberufe kennen lernen und Lernbausteine aus dem ersten Ausbildungsjahr zertifiziert absolvieren können.

Einstimmig trug der Rat der Verwaltung auf, diese Forderungen der LINKEN zu prüfen. Die Ergebnisse werden den Fachausschüssen, in diesem Fall dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung und dem Jugendhilfeausschuss mitgeteilt.

Doch auch die Bezirksvertretungen haben erkannt, wie wichtig Praxisstationen für einen gelungenen Übergang von der Schule in das Berufsleben sind. In Kalk werden mit den Hauptschulen in der Albermannstraße und Hachenburger Straße zwei Hauptschulen geschlossen, in denen Praxisstationen für Holzverbindungen, Computer, Metall, Steinmetz, Zweiradmechanik und Schneiderei vorhanden sind. Die einzige in Kalk verbleibende Praxisstation wäre dann Objektbeschichtung in der Hauptschule Nürnberger Straße in Höhenberg.

In der Kalker Bezirksvertretung begrüßte die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Praxisstationen vor Ort stärken“ „den in der vergangenen Ratssitzung vom 20. Mai 2010 eingebrachten Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur weiteren Nutzung von zu schließenden Hauptschulen in Köln“. Die Initiative, die Praxisstation in Humboldt/Gremberg zu einem Campus für den Stadtbezirk Kalk auszubauen, ist allerdings vertagt worden, da ein Fachgespräch zu dem Thema noch aussteht.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich möglichst viele Bezirksvertretungen für den Erhalt der Praxisstationen aussprechen. Denn hier geht es um die Zukunft der Jugendlichen aus dem Bezirk und damit um die Zukunft des Bezirks selbst.

Özlem Alev Demirel

Stadt muss Druck auf Messe-Fonds-Anleger erhöhen

Angesicht der Weigerung, der Esch-Fonds-Investoren, die Mietverträge über die Messehallen neu zu verhandeln, wird die Stadt jetzt ein Wertgutachten in Auftrag geben, um auf dessen Grundlage ein Kaufangebot zu machen. Auf den letzten Drücker setzt die Stadtspitze damit einen Vorschlag um, den die LINKE. bereits vor Jahren gemacht hat. Durch ein Wertgutachten würde deutlich, dass die angeblichen Kosten des Fonds dessen Fantasie entsprungen sind und die Stadt eine Wuchermiete zahlt.

Nach Informationen der Stadtrevue existiert bereits ein internes Gutachten der Sparkasse Köln-Bonn, das den Wert der Hallen und des Grundstücks auf 145 Mio. Euro beziffert. Da die Stadt bereits über 60 Mio. Euro an Miete gezahlt hat, läge der Restkaufpreis bei rund 85 Mio. Euro.

Im Dezember letzten Jahres hatte die linke Ratsfraktion eine politische Verhandlungsstrategie vorgeschlagen. Eine vom Rat benannte Verhandlungskommission hätte

das Sparkassen-Gutachten öffentlich bekannt machen können. Die weit verbreitete Erkenntnis, dass das Messehallen-Geschäft unter dubiosen Umständen zustande gekommen ist, und der Fall des Bankhauses Oppenheim hätten benutzt werden müssen, um die Investoren öffentlich bloßzustellen.

Viele Menschen sind wütend über das Messegeschäft. Diese Wut hätte in Aktion umgesetzt werden können. Eine Mobilisierung der Bevölkerung vor die Büros und Privathäuser der Investoren, verbunden mit der Nicht-Bezahlung der Miete 2010 sowie die von der LINKEN schon immer geforderte Offenlegung aller mit dem Geschäft verbundenen Unterlagen hätten gewaltigen Druck erzeugt.

Die Stadt hat bisher auf dieses notwendige politische Vorgehen verzichtet. Kämmerer Walter-Borjans belehrte die Ratsmitglieder im Dezember, so wie von der LINKEN vorgeschlagen könne man nicht verhandeln, das müsse man im Stillen und ver-



Fotos der Demo Kölner gestalten Zukunft – Vereint gegen Sozialabbau am 8.6. auf dem Roncalliplatz: www.arbeiterfotografie.de

trauensvoll machen.

Jetzt müssen wir feststellen, dass die Investoren bisher überhaupt nicht verhandelt haben. Sie weigern sich, auf ihre Extra-Profiten zu verzichten. Ihnen sind die möglichen Strafzahlungen an die EU herzlich egal. Es ging nie um „faire Verhandlungen“. Das ganze Geschäft war unfair, basierte auf Täuschung und Verschleierung. Wahrscheinlich war Korruption im Spiel. Die Stadt hätte schon vor Monaten auf eine ruppigere Gangart umschalten müssen.

In einer Situation, in der im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich ein wahrer Kahlschlag stattfindet, würde die Stadt weitere 10-15 Mio. Euro im Jahr an die Messe-Investoren verschenken und so den Reichen helfen, sich weiter auf Kosten der öffentlichen Kassen zu bereichern, während bei den Kurzen gekürzt wird. Das „Bündnis gegen kommunalen Sozial- und Kulturabbau“ und DIE LINKE. werden bei den Protesten gegen die Kürzungen den Messe-Skandal aufgreifen und die etablierten Parteien damit konfrontieren.

Noch ist es nicht zu spät. Die Stadtspitze muss sofort handeln.

Claus Ludwig

„Verzichten sie auf ihren Steuervorteil und die Supergewinne!“

Steuervorteile und Riesenprofite wollen die Damen und Herren vom Oppenheim-Esch-Fonds nicht aufgeben. Jetzt wollen sie die Kölnmesse und damit die ganze Stadt ins Unglück reißen. Der Stadtrat muss jetzt endlich handeln und ihren Anspruch auf neue Verträge durchsetzen.

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Mitglieder des Fonds, unter ihnen Josef Esch, Madeleine Schickedanz, Baronin Corinna und Karin von Ullmann, Hubertus Benteler, die Familie Deichmann, Dr. Thomas Middelhoff, die Familie Graf von Krockow und die Familie von Oppenheim auf: „Verzichten sie auf ihren Steuervorteil und die Supergewinne, kehren sie auf den Boden der

Tatsachen und der Demokratie zurück!“

Die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln hat seit Monaten einen harten Kurs gegen den Geldadel gefordert. Jetzt muss die Stadt Köln handeln, sonst macht sie sich selbst strafbar.

Die Kölner Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer und Matthias W. Birkwald haben sich von Anfang an für Transparenz eingesetzt und das Problem in den Bundestag eingebracht. Mit einer weiteren kleinen Anfrage werden sie die Lagebeurteilung der Bundesregierung öffentlich machen und Unterstützung für die Durchsetzung städtischer Interessen gegenüber dem Oppenheim-Esch-Fonds einfordern. *Jörg Detjen*



■ Nippes

Gutachten zum Erhalt der Halle 10

Seit vielen Jahren nutzen Künstlerinnen und Künstler die Halle 10 auf dem Gelände der ehemaligen Gummifabrik in Nippes. Auf dem städtischen Gelände sollen ca. 1.000 Wohnungen, darunter 25 % mit sozialer Bindung entstehen. Ebenso vorgesehen ist nicht störendes Gewerbe. Der Bauplan sieht vor, die Halle 10 abzureißen. Die Künstlerinnen und Künstler haben einen Plan entworfen, um zu zeigen, dass die Halle 10 stehen bleiben kann, ohne dass viele Wohnungen wegfallen müssen, und ohne dass erhebliche Mehrkosten entstehen. Mit diesen Fragen beschäftigt sich ebenfalls ein Gutachten, welches von der Stadt Köln aktuell in Auftrag gegeben worden ist. Es ist jetzt abzuwarten, was das Gutachten ergibt. Danach wird die politische Auseinandersetzung um den Erhalt der Halle 10 zu führen sein.

Michael Weisenstein

■ Kalk

Mc Donald's statt Musical

Seit Schließung der Chemischen Fabrik Kalk wird diskutiert wie das Gelände sinnvoll nachgenutzt werden kann. Derzeit besteht dort ein Sammelsurium an Einzelbauten, welches stadtplanerisch nicht überzeugen kann. Bis zum Frühjahr 2010 war sogar geplant, ein Musicaltheater entstehen zu lassen. Dieses Vorhaben scheiterte am mangelnden Interesse der Investoren. Dafür wird an der Abfahrt von der Stadtautobahn ins CFK-Gelände, direkt an den Gleisen, ein Mc Donald's entstehen. Das ist wieder kein Highlight der Stadtentwicklung, aber nicht zu verhindern.

Das von KölnCubus geplante Bürogebäude dagegen könnte aber gemeinsam mit dem bereits gegenüber bestehenden Odysseum einen wirklich vernünftigen Eingang ins Gelände bilden. Eine harmonischere Nutzung böte auch der Umzug der

Feuerwehr aus der Giessener Straße auf das Gelände direkt zwischen Gleisen und Gummersbacher Straße.

Dabei ginge dann die Feuerwehr in die Luft, denn Fahrzeughalle, Aufenthaltsräume und Duschen können übereinander geplant und gebaut werden ohne die Funktionalität zu beeinträchtigen. Der typische Barackencharakter einer Feuerwehrrucke wäre zu Gunsten einer Mehrgeschossbebauung überwunden.

Planungen und Kaufverhandlungen sind weit gediehen. Einige Entwürfe sind gezeichnet. Sollten diese umgesetzt werden, böte das nicht nur eine Chance auf ein ordentliches Entrée von Deutz nach Kalk, sondern auch neue Perspektiven für den Verbleib der FH in Deutz. Sie könnte auf dem alten Feuerwehrgelände organisch in den Stadtteil hineinwachsen und Neubauten errichten. Eine Sanierung der restlichen Gebäude würde durch das dann bessere Platzangebot wesentlich erleichtert. Das wäre sinnvoller und billiger als ein Umzug nach Bayenthal.

HP Fischer

Aus den Bezirksvertretungen

■ Chorweiler

Auferstehung aus Ruinen?

Eine Vereinbarung zwischen Verwaltung und Eigentümern des Hauses Fühlingen



Haus Fühlingen: Recht zerfallen ...

trifft auf ungläubiges Staunen in der Bezirksvertretung (BV). Die Ruine des einstmaligen stolzen Besitzes des Freiherrn Eduard von Oppenheim am südlichen Ortseingang von Fühlingen gammelt weiter vor sich hin. Trotz einer Reihe von Interventionen der BV in den vergangenen Jahren ist kaum etwas geschehen, um das denkmalgeschützte Haus vor weiterem Verfall zu schützen, geschweige denn, das für Anfang 2008 angekündigte Bauvorhaben umzusetzen. Geplant war nicht nur die vollständige Renovierung der existierenden Ruine, sondern auch die Erneuerung der vor Jahren abgerissenen Flügel und die Umwandlung des gesamten Komplexes in Wohnungen.

Dass nichts geschah, mag mit der aktenkundig gemachten Insolvenz der Eigentümer zusammenhängen, unverständlich ist indes die Ablehnung mehrerer Kaufangebote durch Dritte. Eine Anfrage der LINKEN vom März dieses Jahres blieb ebenso ohne Reaktion wie ein Antrag der BV-Mehrheit, die Stadt möge nach Ablauf einer Frist bis zum Herbst von ihrem Rückkaufrecht Gebrauch machen.

Stattdessen ging der Bezirksvertretung zu ihrer Sitzung am 10. Juni eine Mitteilung der Verwaltung zu, aus der die verheißungsvolle Kunde zu entnehmen war, dass die Agonie des Hauses Fühlingen nun bald ein Ende finden könne. Danach hat man den Eigentümern die Möglichkeit eingeräumt, nach Ablauf der Bauverpflichtung zum Dezember 2009 einen neuen, modifizierten Bauantrag einzureichen. Im Gegenzug verpflichteten sich die Eigentümer, eine Reihe von Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen und diese bis zum 31. Mai umzusetzen. Diese Mitteilung stieß in der BV bei allen Fraktionen auf erhebliche Skepsis – und

das zu Recht. Denn der Augenschein vom Juni straft die Vereinbarung Lügen. Keine der vereinbarten Schutzmaßnahmen ist umgesetzt worden, nicht einmal der für die Sicherheit von Personen und den Gebäudeschutz besonders wichtige Verschluss aller Fenster und Türen im Erdgeschoß und im ersten Stock. Und so bleibt der schale Eindruck, dass die Verwaltung, um eigene Verantwortung und Kosten für Denkmal- und Gebäudeschutz abzuwehren, sich hier offenen Auges über den Tisch ziehen ließ.

Der Vertreter der LINKEN in der BV will dies nicht auf sich beruhen lassen und hat in einer mündlichen Anfrage die Verwaltung aufgefordert, endlich Auskunft darüber zu geben, welche Konsequenzen

die Stadt zu ziehen gedenkt, wenn die Eigentümer weiter durch Nichtstun Haus und Menschen gefährden. DIE LINKE will auch wissen, ob in einer solchen Situation das Enteignungsverfahren gemäß Landesdenkmalschutzgesetz als letztes Mittel eingeleitet werden kann.

Dieter Wernig

■ Kalk

Schauergeschichten in BILD

„Straßen der Angst“ ist der Titel einer Folge der im Bastei-Lübbe-Verlag erscheinenden Dark-Mystery-Serie „Ted Ewigk“. Auch eine vom 17.-19. Mai in BILD Köln erschene Artikelserie trug diesen Titel. Joachim Brücher, Marcus Wegerhoff und M. Kraekel versuchten ihr Talent als Romanautoren. Für ihren Fortsetzungsroman wärmten sie eine alte Presse-Mitteilung und einen alten Artikel aus „Die Welt“ auf, um damit Dark-Fantasy-Leser zu gewinnen. BILD versäumte es die Artikel als Roman zu bezeichnen, und durch mehrere Übereinstimmungen mit lebenden Personen und tatsächlichen Orten wurde bewusst der Eindruck erweckt, dass es sich um eine echte Meldung handele. Als Nebeneffekt sollte Angst geschürt und ganze Stadtteile diskreditiert werden. In dem Fall aber wäre es ein Fall für den Presserat, denn Tatsachen wurden falsch wieder gegeben, Orte verwechselt und weitere Unwahrheiten geschrieben.

In der Bezirksvertretung Kalk wurde durch DIE LINKE die Anfrage gestellt, wie die Verwaltung zu den Veröffentlichungen und den falsch dargestellten Fakten steht

und was sie dagegen unternommen hat. Eine schöne Möglichkeit Mochtgeromanciers mit der Realität zu konfrontieren.

HP Fischer

■ Rodenkirchen

Politik vor Ort in der Europaschule

Die letzte Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen fand nicht im Rodenkirchener Rathaus, sondern in der Europaschule im Raderthal statt. Diese Sitzung war zudem die erste, die in der Gesamtschule durchgeführt wurde.

Die Schulleiterin, Frau Naegele, führte die Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter durch die Schule und zeigte Mängel auf, die sich im Laufe der Jahrzehnte an und in der Schule anhäuferten und unter denen nicht zuletzt die Schülerinnen und Schüler zu leiden haben. So durften wir u. a. eine „Duftprobe“ der Schultoilette entnehmen, für deren schlechtes Ergebnis nicht die Schüler, sondern eine mangelnde Wartung des Rohrsystems verantwortlich zu machen ist.

Das an allen Enden und Ecken fehlende, weil durch die Stadt verschleuderte Geld, zeigt hier seine Wirkung. Sicherlich ist diese Schule im Verhältnis zu anderen Schulen in Köln noch nicht so schlecht dran. Aber dies ist kein Grund, diese Schule weiterhin dem Verfall angedeihen und nötige Reparaturen durch private Initiativen oder Investoren durchführen bzw. finanzieren zu lassen. Städtische Schulen unterliegen der Pflege durch die Stadt und hier darf keinesfalls noch weiter gekürzt werden, im Gegenteil: Hier muss endlich richtig investiert werden, damit die Schülerinnen und Schüler nicht weiter gefrustet, sondern mit Freude zur Schule gehen. Die Stadt hat ihren Schulen gegenüber eine Verantwortung und muss diese auch einlösen.

Die Schülerinnen und Schüler zeigten großes politisches Interesse und so stellten sich die SPD-Fraktion und ich ihren Fragen. Auch die eigentliche Sitzung war für die Schülerinnen und Schüler interessant und ein Schüler kommentierte dies auch auf der Internetseite der Schule so:

„Wir alle waren sehr beeindruckt, wie anspruchsvoll und kompliziert Kommunalpolitik abläuft.“ (Jonas Scherr, 11. Jahrgang)

Zusammengefasst war die Sitzung ein großer Erfolg, zeigte sie doch, dass die Kids keineswegs politikverdrossen sind. Ich hoffe, dass noch viele Sitzungen in Schulen durchgeführt werden, trägt dies doch dazu bei, Interesse zu fördern und Verdrossenheit abzubauen.

Wer mehr über die Sitzung aus der Sicht der Schüler erfahren möchte, kann dies unter <http://snipurl.com/xexxz> tun. Der Link ist ein sog. Kurzlink und führt direkt auf die Internetseite der Europaschule und zum Artikel. *Berthold Bronisz*

Aus den Ausschüssen

■ Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Internationales

Auszubildende bei der Stadt Köln

Als 2006 die Ausbildungsquote von 6 % bei der Stadt Köln eingeführt wurde, ging das auf einen Antrag der LINKEN zurück. Zum 31.12.2009 betrug die Quote sogar 6,3 %.

In den letzten Jahren hat die Stadt alle Auszubildenden im Verwaltungs- und im IT-Bereich übernommen. Die Absolventen konnten sich in den vergangenen Jahren auf feste Zusagen verlassen. Bei befriedigenden und besseren Noten wurden sie unbefristet, bei schlechteren Ergebnissen befristet eingestellt, allerdings mit der Option durch gute Leistungen eine Entfristung zu erzielen.

Nun hüllte sich die Stadt in Schweigen darüber, was mit den Azubis, die 2010 fertig werden, geschehen sollte. Das kritisierte verdi und die Auszubildendenvertretung der Stadt. DIE LINKE. stellt daraufhin eine Anfrage.

Inzwischen gibt es eine Übernahmeregelung, der auch der Gesamtpersonalrat zugestimmt hat. Sie schreibt die gängige Praxis fort und verbessert sie an einigen Stellen sogar. Dazu hat sicher auch beigetragen, dass die Stadtverwaltung mit durchschnittlich 44,5 Jahren auf junges Personal angewiesen ist.

Jörg Detjen

■ Soziales und Senioren

Stadtteilzentrum Buchforst soll erhalten bleiben

In einem Antrag fordert DIE LINKE., dass die Arbeit des Buchforster Stadtteilzentrums des „Runden Tisch Buchforst e.V.“ für die Zukunft dauerhaft gesichert werden soll. Die Mittel dazu müssen in den Haushalt 2010/2011 eingestellt werden.

Das Stadtteilzentrum Buchforst ist seit Jahren für die im rechtsrheinischen Stadtteil lebenden Menschen und Vereine aktiv und aus dem Stadtteil Buchforst nicht mehr weg zu denken. Es bietet Beratungsangebote für Rentner, in Not geratene Eltern und Familien, denen die Schulden über den Kopf gewachsen sind. Kurz gesagt, der Runde Tisch Buchforst ist für viele Bürger der einzige unmittelbare Ansprechpartner.

Am 22. Februar 2010 wurden anlässlich einer Veranstaltung 1.700 Unterschriften für den Erhalt des Stadtteilzentrums Buchforst übergeben. Die Bürgerinnen und Bürger von Buchforst haben so eindeutig ihren Willen gezeigt, dass das Stadtteilzentrum erhalten bleiben soll.

Aus den auslaufenden Fördermitteln

kann der Betrieb noch bis Ende des Jahres gesichert bleiben, dann gehen im Stadtteilzentrum die Lichter aus. Nun soll der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließen, dass die Finanzierung über das Jahresende hinaus weiter gesichert bleibt. Eine Summe von 71.341,12 € benötigt der Vorstand, um auch nächstes Jahr sein Angebot den Bürgern zu Verfügung stellen zu können.

Angesichts der horrenden Summen, die für Prestigeprojekte in der Stadt ausgegeben werden, ist dieses Geld sicher gut und zum Wohl der Menschen in Köln angelegt.

Richard Klein

■ Wirtschaft

Ladenschluss

DIE LINKE. setzt sich seit Jahren gegen die Sonntagsöffnung ein. In Köln gibt es drei verkaufsoffene Sonntage pro Bezirk. De facto führt das 2009 zu 24 verkaufsoffenen Sonntagen im ganzen Stadtgebiet.

Nun existiert ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Sonntagsöffnungsregelung in Berlin verbietet. DIE LINKE. fragte im Ausschuss nach einer Stellungnahme der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Das Wirtschaftsministerium sieht im Ladenöffnungsgesetz Nordrhein-Westfalen keine verfassungswidrigen Elemente. Die Stellungnahme sieht aber ausdrücklich vor, dass das „Verbot der Öffnung an Sonn- und Feiertagen weiterhin die Regel“ ist.

„Eine Ausnahme ist nur aufgrund eines besonderen öffentlichen Interesses möglich, das über ein bloßes wirtschaftliches Umsatzinteresse hinaus geht.“ DIE LINKE. fragte im Ausschuss die Verwaltung, wie sie dieses besondere öffentliche Interesse definiert und sieht der Beantwortung gespannt entgegen. Denn wenn der Anlass – wie schon angegeben – ein Handwerkermarkt ist, wird es schwer fallen, anderes als wirtschaftliche Umsatzinteressen hineinzupretieren.

Jörg Detjen

■ Jugendhilfe

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In Köln fehlen für Kinder unter 3 Jahren zurzeit über 4.100 Betreuungsplätze. 20 % soll über Tagespflege abgedeckt werden, dafür ist aber eine Zertifizierung durch die Stadt Köln notwendig und unumgänglich. Männer und Frauen, die den Beruf der Tagesmutter oder Tagesvaters ausüben möchten, müssen davor eine 180-stündige, kostenpflichtige Qualifizierungsmaßnahme absolvieren. Bereits während des Aufbaukurses oder nach erfolgreichem Abschluss werden sie von städtischen MitarbeiterInnen des Jugendamtes in den Privaträumen, in denen sie die Kinderbetreuung später ausüben wollen, besucht. Darüber hinaus findet noch ein längeres Gespräch im Jugendamt statt. Liegen die entsprechenden Voraussetzungen vor, wird eine Pflegeerlaubnis erteilt. Erst dann können sie als Tagesmutter oder -vater Kinder betreuen.

Auch im weiteren Verlauf sollte es einen regelmäßigen Austausch zwischen Jugendamt und den zertifizierten Tagespflegepersonen geben. Dazu gehören auch weitere Besuche durch MitarbeiterInnen des Jugendamtes.

Diese zertifizierte Ausbildung scheint im Rahmen von Sparmaßnahmen in Frage gestellt zu sein. Der hoheitlichen Aufgabe durch das Jugendamt kann aufgrund Personalmangels nicht nachgekommen werden. Das bedeutet, dass es 2010 keine neuen Tagesmütter und -väter mehr geben wird. DIE LINKE. fragt deshalb im Jugendhilfeausschuss nach, wie dieser Mangel im Interesse der berufstätigen Mütter und Väter behoben werden kann. Die Stadt Köln muss sich hier bewegen, denn um dem Rechtsanspruch 2013 genügen zu können, müssen dafür jährlich 271 neue Plätze in der Tagespflege geschaffen werden.

Gisela Stahlhofen



Auf der Demo „Kölner gestalten Zukunft – Vereint gegen Sozialabbau“ am 8.6. auf dem Roncalliplatz aufgenommen: www.arbeiterfotografie.de



■ Jugendhilfe

Prävention gegen sexuelle Gewalt im Sport

Am 10. Juni fand im Studio Dumont eine Informationsveranstaltung zum Thema „Prävention gegen sexuelle Gewalt im Sport“ statt. 1998 gründete sich der Arbeitskreis „Rote Karte – gegen sexualisierte Gewalt im Sport“. In dem Arbeitskreis arbeiten unter der Federführung des Stadt-sportbundes Köln folgende Institutionen mit: Lobby für Mädchen e.V., Kriminalkommissariat Vorbeugung der Polizei Köln, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern der Stadt Köln, die deutsche Sporthochschule Köln, Looks e.V.- Projekt „Pänz up!“ und der MTV Köln 1850.

Unter dem Motto „Wir zeigen die ROTE KARTE gegen sexualisierte Gewalt im Sport“ entwickelte der Arbeitskreis ein entsprechendes Zertifikat. Dieses Zertifikat zeigt Eltern und Kindern, dass ihr Verein sich aktiv gegen sexualisierte Gewalt im Verein einsetzt.

Neben einer intensiven und sich in periodischen Abständen wiederholenden Schulung der Betreuer und Übungsleiter, soll ein erweitertes Führungszeugnis die Basis für das Zertifikat sein. Dabei ist zu beachten, dass die Belange des Datenschutzes für die ehrenamtlichen Trainer und Übungsleiter gewahrt bleiben sollen. So wurde der Vorschlag diskutiert, dass eine Clearingstelle eingerichtet werden könnte,

die die Führungszeugnisse auswertet und das Ergebnis an den Verein weiterleitet. Einträge, die das Thema sexualisierte Gewalt nicht betreffen, werden über diesen Weg nicht im Verein bekannt.

Ein weiterer Baustein soll die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Verein sein. „Es sei wichtig“, sagten die Veranstalter, „dass im Verein dieses Thema offen angegangen wird.“

Claudia Trappe-Nolden

■ Soziales und Senioren

Erstausrüstung für Kinder

Der Rat hat im Sommer 2009 auf Initiative der LINKEN beschlossen, dass die Kinder von Köln-Pass-Inhabern als Erstklässler ab dem Schuljahr 2009/2010 einen einmaligen Zu-

schuss in Höhe von bis zu 160 € für die Anschaffung der Erstausrüstung für die Schule wie Ranzen, Turnzeug etc. erhalten. 2009 nahmen 850 Eltern diese Leistung in Anspruch.

Nun teilt die Verwaltung mit, dass aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung keine Auszahlung möglich sei. Erst nach dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2010/11 sei eine Bewilligung und Auszahlung zulässig. Das wird frühestens im Oktober 2010 der Fall sein.

Betroffene Familien sollten auf alle Fälle die Quittungen für ihre Anschaffungen aufheben. Sollte diese Leistung nicht gestrichen werden, ist es dann möglich, das bereits ausgegebene Geld von der Stadt wieder zu erhalten.

Doch es mehren sich die Anzeichen, dass die Haushaltskoalition plant, die kostenlose Erstausrüstung nach einem Jahr bereits wieder zu streichen. Während die SPD im Kommunalwahlkampf mit ihrer Unterstützung der Einführung allein um Stimmen geworben hat, ist es der LINKEN ernst mit dieser Leistung. Wir werden diese Errungenschaft nicht kampflos aufgeben.

Gisela Stahlhofen

■ Stadtentwicklung

Bildungslandschaft Altstadt-Nord beschlossen

In der jüngsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss wurde die Bildungsland-

schaft Altstadt-Nord mit den Stimmen von SPD, Grüne und FDP beschlossen. DIE LINKE ist im Ausschuss nicht stimmberechtigt.

Um das Gebiet des Klingelpütz-parks wird in den nächsten Jahren eine vernetzte Bildungslandschaft mit verschiedenen Schulformen, Kitas, Bibliothek und Mensa entstehen. Das gemeinsame Lernen von verschiedenen Schüler/-innengruppen wird Bestandteil des Konzeptes sein.

Im Rahmen der Planung gab es Auseinandersetzungen. Eine Bürgerinitiative wollte und will auch weiterhin Eingriffe in das Grün des Parks verhindern. Einen Teilerfolg konnte die Initiative erreichen: Die Straßenrandbebauung, die am Gereonswall vorgesehen war, wird nicht realisiert. Nach Auffassung der BI ist der Kompromiss aber nicht weitgehend genug. Die Eingriffe in das Grün des Parks sind der Initiative noch zu groß, sie streben eine weitere Reduzierung der zu bebauenden Fläche an der Ecke Gereonswall/Vogteistraße und an der gegenüberliegenden Ecke des Parks an. Unabhängig von der Baumaßnahme muss darauf hingewirkt werden, dass das Ziel für gemeinsames Lernen in dem Projekt realisiert wird!

Michael Weisenstein

■ Stadtentwicklung

Zu viel Geld für die Lenkungsgruppe Masterplan Innenstadt

In der jüngsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss waren die Kosten für die Begleitung des Masterplans Innenstadt Thema. In den nächsten fünf Jahren sollen pro Jahr 130.000 Euro für die Lenkungsgruppe ausgegeben werden. Für Räume, Veranstaltungen, Moderatoren und ähnliches wurden von der Verwaltung üppige Summen veranschlagt. Das ging selbst den großen Fraktionen zu weit. Sie brachten einen Änderungsantrag ein. Nach Auffassung von SPD, CDU, FDP und Grünen müssen 100.000 Euro pro Jahr reichen. Dies entspricht der Zahl aus 2009.

DIE LINKE forderte im Stadtentwicklungsausschuss, bei der Lenkungsgruppe genauso zu kürzen, wie dies bei allen freiwilligen Leistungen vorgesehen ist. Der Ansatz für die Lenkungsgruppe belief sich in 2009 auf 100.000 Euro. Folgerichtig brachten DIE LINKE und das Kölner Bürger-Bündnis einen gemeinsamen Änderungsantrag ein, diesen Ansatz noch um 12,5 % zu kürzen. Für die Arbeit der Lenkungsgruppe stünden dann immerhin noch 87.500 Euro p.a. zur Verfügung.

Der Antrag wurde abgelehnt. Das ist nicht nachvollziehbar. Vereine und Initiativen, die sich um die Ärmsten der Stadt kümmern, müssen um ihre Arbeit bangen, die Lenkungsgruppe wird verschont!

Michael Weisenstein

Soziales und Kultur auf der Kippe

Kürzungen gefährden Strukturen und Standards

Mit tiefgreifenden Kürzungen will die Kölner Verwaltung unter Rückendeckung von Rot-Grün auf das Defizit im Kölner Haushalt reagieren. Zusätzlich zur Rasenmähermethode der Pauschalkürzungen wurde eine Streichliste von 31,5 Millionen Euro in diesem Jahr und 64,6 Millionen Euro in 2011 erstellt.

Der Oberbürgermeister zieht vor, die Liste unter Verschluss zu halten, sie werde in den Haushaltsentwurf „eingeflochten“, der Mitte Juli dem Rat vorgelegt wird. Aus diesem lassen sich die einzelnen Posten jedoch nur zum Teil ersehen und nur mit großem Aufwand wieder zusammetragen. Offenbar wurde diese Taktik gewählt, um eine kritische Begutachtung der Kürzungen möglichst zu erschweren.

Die wenigen Hinweise, die die Verwaltung in der Pressekonferenz am 14. Juni gegeben hat, lassen jedoch schwere Zeiten für den sozialen und kulturellen Bereich erwarten. Nach den neuen Planungen aus der Kölner Finanzverwaltung sollen dabei über zehn Jahre defizitäre Haushalte vorgelegt werden, bisher war man von fünf Jahren ausgegangen. Der jährliche Fehlbetrag soll in 2010 bei 408,49 Millionen liegen, jedes Jahr absinken und 2014 noch eine Höhe von 125,33 Millionen haben. Für spätere Jahre gibt es noch keine genauen Prognosen.

Was einmal weg ist, kommt nicht wieder

Durch die Kürzungen sieht sich eine Reihe von Freien Trägern bedroht. Die Aids-Hilfe Köln wird ohne städtische Förderung ein Angebot kostenloser AIDS-Tests nicht fortsetzen können, ebenso gefährdet ist „jus“, ein Projekt für sehr junge Schwangere und Mütter; die kulturpädagogische Einrichtungen sehen die Gefahr weitreichender und irreparabler Beschädigungen durch Kürzungen; das Theater Der Keller fürchtet um seine Existenz und ebenso die Kölner Theaterzeitung „akt“.

Der Gedanke, man könne die Förderung ja wieder aufnehmen, wenn die Finanzlage sich gebessert hat, ist naiv. Die derzeitigen Strukturen in Köln im sozialen und kulturellen Bereich sind über Jahre aufgebaut worden. Was jetzt durch kurzfristige Kürzungen zerstört wird, das wird nicht wiederkehren.

Bereits jetzt Unterversorgung

Es ist keineswegs so, dass der bisherige Zustand ausreichend gewesen wäre und Kürzungen somit nur wenig ins Gewicht fielen. In vielen Bereichen wird eine unzumutbare Situation noch weiter verschlechtert.

Die Wohlfahrtsverbände haben ihre Beratung für Arbeitslose bereits jetzt zum Ende des Jahres hin einstellen müssen, da die finanzielle Ausstattung nicht ausreichte. Statt

der notwendigen 320.000 Euro hatten sie nur 240.000 erhalten. Werden die Zuschüsse nun um weitere 12,5 % gestrichen, dann muss die Beratung bereits im August eingestellt werden.

Die Kölner Frauenhäuser müssen jeden Tag drei bis fünf Frauen abweisen, da ihre Plätze nicht ausreichen.

Gefährdung von Fördermitteln

In vielen Fällen sind Förderungen von Projekten aus Mitteln des Landes, des Bundes oder von Stiftungen davon abhängig, dass kommunale Förderung stattfindet. Kürzt Köln seine Zuschüsse, so fallen in der Folge auch diese Förderungen weg. Bei den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen fallen so bei Kürzungen von 5.000 Euro durch die Stadt bis zu 60.000 Euro an Landeszuschüssen weg!

Die Folgen von Kürzungen für die Träger in den Bereichen Soziales und Kultur können daher um ein Vielfaches dramatischer sein, als es die Höhe der städtischen Kürzungen anzeigt. Letztlich würde Köln sich mit solchen Kürzungen selber schädigen, denn diese Fördermittel sind Gelder, die dann nicht mehr nach Köln fließen.

Finanzsituation nur zum Teil hausgemacht

Die Dramatik der aktuellen Haushaltsnotlage rührt vor allem aus Ursachen, für die nicht die Kölner Politik verantwortlich ist. Allerdings trafen diese Umstände in Köln auf ein strukturelles Haushaltsdefizit, das schon seit vielen Jahren besteht und von der LINKEN immer wieder thematisiert worden war.

Gerade die Einnahmenseite des Haushalts ist über lange Zeit vernachlässigt worden. Die wichtigste kommunale Einnahmequelle ist die Gewerbesteuer. Ihr Beitrag zum Haushalt 2010 wird nach aktueller Schätzung der Verwaltung bei etwa 850 Millionen Euro liegen. In 2008 hatte sie noch bei 1.042,9 Millionen Euro gelegen.

Die Gewerbesteuer reagiert somit sehr sensibel auf wirtschaftliche Schwankungen. DIE LINKE, ebenso wie auch kommunale Dachverbände fordern daher seit langem eine Reform dieser Steuer. Sie soll z.B. auf Selbstständige ausgedehnt werden und weniger konjunkturabhängig gestaltet werden.

Schon kurzfristig kann eine Erhöhung der Gewerbesteuer den Kölner Haushalt spürbar entlasten. Dies ist seit 22 Jahren nicht mehr geschehen.

Das des strukturelle Defizit wird dadurch verschärft, dass Bund und Land seit Jahren Aufgaben auf die Kommunen übertragen und dabei das gesetzlich festgeschriebene



Fotos der Demo Kölner gestalten Zukunft – Vereint gegen Sozialabbau am 8.6. auf dem Roncalliplatz: w.arbeiterfotografie.de

Konnexitätsprinzip verletzen, d.h. sie stellen den Kommunen nicht die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung. Eine Anfrage der LINKEN an die Verwaltung ergab, dass allein Aufgabenübertragungen des Landes, die zwischen 2007 und 2013 umgesetzt werden, die Stadt mit insgesamt 100 Millionen Euro belasten werden.

Die aktuelle Politik von Oberbürgermeister Roters und der rot-grünen Koalition lässt wieder die Möglichkeit der Einnahmenerhöhung außer Acht. Stattdessen wird auf Pauschalkürzungen und auf eine Streichliste gesetzt, die Kölner Standards im sozialen und kulturellen Bereich gefährden.

Wilfried Kossen

Bund entlastet sich auf Kosten der Kommunen

Das von der Bundesregierung vorgelegte Kürzungspaket ist ein weiterer Anschlag auf unseren Sozialstaat. Weil die Regierung sich nicht an die Banken, die Zocker und Krisenprofiteure herantraut, werden jetzt breite Teile der Bevölkerung, vor allem sozial Schwache, abkassiert. Von Gerechtigkeit kann keine Rede sein. Erwerbslose, Familien und sozial Benachteiligte müssen für die Zockereien der Banken und Spekulanten bluten. Und mit fast allen Kürzungen im Sozialbereich trifft es auch die Kommunen.

„Die Finanzsituation der Kommunen ist teilweise sehr angespannt. Die Bundesregierung bekennt sich hier zu ihrem Teil der gesamtstaatlichen Verantwortung.“ So steht es in dem Eckpunktepapier der Bundesregierung zum Sparpaket. **Tatsache aber ist:**

••• Wird der Zuschuss zur Rentenversicherung für ALG-II-Empfänger, gestrichen, soll das dem Bund 7,2 Milliarden Euro bis 2014 sparen. Tatsächlich werden diese Einnahmen aktuell der Rentenversicherung fehlen, was entweder zu einer Rentenkürzung oder zu höheren Staatszuschüssen führt. Mit Verzögerung wird die Rentenkasse entlastet, da weniger und geringere Ansprüche entstehen. Dies führt zu Mehrkosten bei den Kommunen. Denn wenn die Rente der heutigen ALG-II-Empfänger nicht ausreicht, bekommen sie die Grundsicherung für Ältere. Die wird zum Großteil von den Kommunen getragen und wächst rasant.

••• Auch die Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfänger hat Einfluss auf die Situation in den Kommunen. Viele Menschen mit niedrigem Einkommen bzw. ALG II legen zumindest einen Teil des Geldes weg, um spätere Kosten für Krippen, Kitas und Schulen begleichen zu können. Wenn vielen Familien das Elterngeld fehlt, fehlt dieses Finanzpolster auch später, sei es bei der Versorgung mit Unterrichtsmaterial oder beim Mittagessen in der OGTS.

••• Selbst die Streichung des Übergangszuschlags von ALG I in ALG II werden die Kommunen spüren, denn wer weniger Geld in der Tasche hat wird als erstes bei Zoo- und Schwimmbadbesuch sparen.

••• Bei diesem unvollständigen Sammelsurium mit heftiger sozialer Schieflage, welches die schwarz-gelbe Regierung in Berlin als „Kraftakt“ bezeichnet, wird es noch schlimmer kommen. So werden die Kürzungen im Bereich der Arbeitsmarktförderung und im Bereich des öffentlichen Dienstes zu mehr Erwerbslosigkeit führen und zum Beispiel über die Kosten der Unterkunft die Kassen der Kommunen massiv belasten.

HP Fischer

Widerstand gegen kommunale Kürzungen

Das „Kölner Bündnis gegen Sozial- und Kulturabbau“, in dem DIE LINKE aktiv ist, ruft für den 5. Juli zu einem „Ratschlag gegen den Kahlschlag“ in das Bürgerzentrum Alte Feuerwache. Dort soll diskutiert werden, wie die geplanten Kürzungen verhindert werden können und welche Alternativen es gibt. Wenn am 13. Juli der Haushalt in den Rat eingebracht wird, soll eine Demonstration vor dem Rat stattfinden, ebenso zur Verabschiedung des Haushaltes am 7. Oktober.

Am 9. Juli soll eine Aktion des Bündnisses vor der Sparkassen-Zentrale am Rudolfplatz stattfinden, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Haushaltskrise zumindest zum Teil selbstgemacht ist. Der Autor und Journalist Werner Rügemer wird bei der Aktion über die Geschäfte von Stadt und Sparkasse mit den Esch-Oppenheim-Immobilienfonds aufklären. Die Website des Bündnisses www.kuerzungen-stoppen.de ist seit Mitte Juni online, auch auf Facebook ist das Bündnis präsent.

DIE LINKE-Projektgruppe zum Thema plant weitere Aktionen, um über die Ursachen der städtischen Finanzkrise aufzuklären. Unter dem Motto „Wo ist unser Geld geblieben?“ wird am 24.6. vor der Filiale der Deutschen Bank in der Kalker Hauptstraße und am 30.6. an einer innenstädtischen U-Bahn-Baustelle protestiert. Mit der Aktion vor der Deutschen Bank soll der Zusammenhang von öffentlicher Armut und privatem Reichtum thematisiert werden. Während über die sogenannten „Rettungspakete“ (HRE, Banken allgemein, „Griechenland“, Euro) die Profiteure der Banken und Investoren gerettet werden, wird den Kommunen jede Hilfe verweigert.

Claus Ludwig



■ Ehrenfeld

Oberbürgermeister Roters sollte auf die Bauwens-Gruppe Einfluss nehmen!

„Die Bezirksvertretung begrüßt die kritischen Äußerungen des Oberbürgermeisters Jürgen Roters zur Ansiedlung von großen Einkaufsmärkten mit zentrenrelevanten Sortimenten auf der grünen Wiese und auf dem Heliosgelände und bitten ihn, beim Eigentümer um Unterstützung für den Beschluss der Bezirksvertretung zur Beteiligung der Öffentlichkeit zu werben.“

Diesen Antrag verabschiedeten DIE LINKE zusammen mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in die Bezirksvertretung Ehrenfeld ein, in Form eines Änderungsan-



trages zum Antrag der SPD, die eine vorgezogene Bürgerbeteiligung forderte.

SPD, Grüne und LINKE sind sich in der Bezirksvertretung Ehrenfeld einig, dass ein Einkaufszentrum mit 15.000 bis 20.000 qm völlig unangemessen ist.

Wie das Heliosgelände dann erschlossen werden soll, ist aber weitgehend offen. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat mit den rot-grün-roten Stimmen eine Bürgeranhörung nach den Sommerferien be-

schlossen.

Inzwischen hat sich die Bürgerinitiative (BI) Heliosgelände gebildet. Das Interesse ist sehr groß. Es haben sich inzwischen fünf Arbeitsgruppen bei der BI gebildet.

Am 30. Juni, wird sie ihre erste Veranstaltung um 20 Uhr im Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 440 durchführen.

Jörg Detjen

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Autonomes Zentrum bringt Win-Win-Situation für Kalk

Einen Bingo-Abend erwartet man in der Kirchengemeinde oder einer Senioreneinrichtung. Bingo-Abende finden, neben vielem anderen, aber auch völlig unkommerziell im Autonomen Zentrum in Kalk (s. PJ 3/2010) statt. Die Einladung hierzu richtet sich an die Menschen im Veedel und im Stadtbezirk. Sie macht exemplarisch deutlich, welche Ergänzung ein Autonomes Zentrum generationsübergreifend im sozialen und kulturellen Netz der Stadt sein kann. Nicht zuletzt wegen des für die Stadt kostenlosen Extras gab es in den letzten Wochen viele Gespräche über den Erhalt des AZ. Es sprachen: Besetzer mit Bezirks- und Ratspolitikern, Politiker mit Sparkasse, Besetzer mit Sympathisanten, Sympathisanten mit Politikern ...

Dies führte zumindest dazu, dass nicht wie vor 4 Jahren, im Barmer Block, kurz vor der Fifa-Fußball-WM „Klarschiff“ gemacht, geräumt und abgerissen wurde. Damals wurde prognostiziert, dass aus dem Gelände der teuerste Parkplatz Kölns würde und es traf ein. Auch für das Gelände der ehemaligen KHD-Werkskantine gibt es keine konkreten Pläne. Die Eigentümerin, die Savo GmbH als Tochterunternehmen der Sparkassen-Immobilienfirma „Rhine Estate“, zahlt seit Jahren die anfallenden Nebenkosten, ohne Gebäude und Gelände verwerten zu können bzw. zu wollen. Nach einer Räumung käme es auch in Kalk zu einem Abriss und einem Brachgelände, das für nichts anderes genutzt würde, als Müll darauf zu entsorgen und LKW zu parken. Die WinWin-Situation bei der alle Beteiligten nur gewinnen können, tritt deutlich hervor. Die Besetzer bewegen sich und haben sowohl ein Nutzungskonzept, als auch einen Finanzplan vorgestellt. Entsprechende Aushänge im AZ informieren über den Stand der Dinge. Jetzt ist es Zeit, dass sich auch die Sparkassen-Tochter als Eigentümerin und die Stadt Köln



b e -
w e g e n
und dem AZ
eine dauerhafte
Perspektive geben.
Die Rücknahme der Strafanzeige wäre ein
erstes Zeichen.

H.P. Fischer

Bauwagenplätze fehlen in Köln

Vor zwei Wochen hat die Gruppe „Gartenzwerge“ eine alte Werkstatt in der Schmal-

beinstraße 28 in der Kölner Innenstadt besetzt. Das Grundstück gehört inzwischen der Stadt Köln, die entlang der Bahntrasse die alten Werkstätten abreißen wird und Kleingärten anlegen will.

Es gibt inzwischen ca. 50 Personen, die mit nostalgischen LKWs, Trägern und Anhängern in Köln zur Zeit keinen Platz finden, wo sie leben können. Köln hat zwei Bauwagenplätze, die reichen aber nicht aus. Dazu kommt, dass die Roma und Sinti zum Jahreswechsel immer einen Stellplatz brauchen, der ebenfalls nicht vorhanden ist.

Die Gruppe „Gartenzwerge“ hat eine lange Liste von Plätzen erstellt, die für die Errichtung von Bauwagenplätzen in Frage kommen. Die Verwaltung prüft derzeit die Liste. In den nächsten Monaten wird man generell klären müssen, welche Plätze die Stadt zur Verfügung stellt. Für die Roma und Sinti gibt es seit vielen Jahren einen Ratsbeschluss, der nicht umgesetzt wird. Es muss jetzt aber kurzfristig eine Zwischenlösung erwirkt werden, die am besten so aussieht, dass die Leute vorerst da bleiben können, wo sie sich aufhalten.

Jörg Detjen

Termine ... Termine ... Termine ...

Do, 24.6., 20 Uhr
AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg
Do, 24.6., 20 Uhr
AK Kunst, Kultur, Medien
Kreisbüro, Metzger Str. 24
Fr, 25.6., 18 Uhr
AK Soziales und Senioren
Kreisbüro, Metzger Str. 24
Do, 1.7., 17.30 Uhr
AK Jugend und Schule
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg
Do, 1.7., 17.30 Uhr
Bürgerstammtisch Innenstadt-Nord
Em Altertümche, Ritterstr. 57

Di, 6.7., 16.30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg
Do, 8.7., 18-20 Uhr
Bürgersprechstunde Ehrenfeld
Venloer Str. 440, Toscana-Passage, Räume
neben GNN-Verlag
Di, 13.7., 14 Uhr
Ratssitzung und Haushaltseinbringung
Do, 15.7., 19 Uhr
Bürgerstammtisch Innenstadt-Süd
Amörchen, An der Bottmühle 13
Do, 15.7., 20 Uhr
AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg